

Anlage 1 – Historische Einordnung

Erinnerung zwischen Demokratie und Diktatur: Die beiden Schwerpunkte der Offenburger Erinnerungskultur

1.1 Umgang mit der demokratischen Tradition von 1847-49

Das historische Gedenken an das Ereignis „1848“ entstand vor allem in den deutschen Städten Frankfurt und Berlin sowie in Südwestdeutschland. In den vergangenen 170 Jahren wurde die Erinnerung an 1848/49 je nach politischer Wetterlage wachgehalten, verdrängt oder vergessen. Die Offenburger Revolutionäre haben mit der Würdigung des Salmen als öffentliche Erinnerungs- und Veranstaltungsstätte und der von Aenne Burda gestifteten Skulptur von Jonathan Borofsky auf dem Kulturforum inzwischen eine herausgehobene Würdigung erfahren.

Das populäre Gedenken an die Demokratiebewegung ist ein relativ junges Phänomen, auch in Offenburg. Daran haben insbesondere die badischen Kommunalarchive auf Initiative der Städte Karlsruhe und Offenburg großen Anteil. Die Offenburger Forderungen des Volkes und die Demokratiebewegung sind erst seit dem Freiheitsfest 1997 in das Bewusstsein der Stadtgesellschaft vorgedrungen. Die Frage, wie die Festtradition ritualisiert und in der Kommune verankert werden kann, wurde zum Teil heftig öffentlich diskutiert.

Die von verschiedenen politischen Gruppen und Persönlichkeiten wach gehaltene Erinnerung an die Offenburger Ereignisse lässt sich bei genauerem Hinsehen jedoch bis in das Jahr **1874** zurückführen, als **Linksliberale und Sozialdemokraten** mit Veranstaltungen und Gedenkveranstaltungen an das Schicksal der Exilierten und getöteten Revolutionäre erinnerten.

Aus dem Kampf um das Totengedächtnis der 1848/49er Revolution entwickelte sich in den Folgejahren ein erbitterter Kampf um den Platz der Demokraten von 1848/49 im deutschen Kaiserreich und die Durchsetzung demokratischer Rechte.

Erst mit der **Weimarer Republik** wurde die demokratische Erinnerung an 1848/49 von staatlicher Seite unterstützt.

Nach der Einverleibung Österreichs **1938** vereinnahmten die **Nationalsozialisten** im 90. Gedenkjahr die Forderung nach „nationaler Einheit“ von 1848 und stellten sich als Vollender „Großdeutschlands“ in diese Tradition.

Im **Jahr 1947** unterstützte die **französische Militärverwaltung** die Initiative der Stadtverwaltung den 100. Jahrestag der Offenburger Versammlung mit einer Gedenkfeier in der Stadthalle zu begehen. Mit einem demokratischen Ritual sollte ein Kontrapunkt zu den NS-Propagandafeiern zwischen 1933 und 1945 gesetzt werden. Allerdings fand die Feier fast ohne aktive Beteiligung der Bevölkerung statt. Die hatte mit materiellen Notlagen zu kämpfen und zeigte für politische, insbesondere demokratische Traditionen während der Besatzungszeit wenig Verständnis. Bei den Jahrhundertfeiern der Badischen Revolution gebührt der Stadt Offenburg dennoch „das Verdienst der Vorreiterschaft“ (Kurt Hochstuhl), kam doch aus ihren Mauern jener erste Vorstoß, der die ganzen Gedenkveranstaltungen ins Rollen bringen sollte.

Eine Popularisierung des revolutionären Erbes gelang **1980** erstmals bei den **Heimattagen Baden-Württemberg** in Offenburg mit einer großen Ausstellung mit dem Titel *Offenburg und die badische Revolution von 1848/49*. Mit dieser Ausstellung brachte das Stadtarchiv zum Ausdruck, dass sich Heimatgeschichte nicht auf das Betauern der sogenannten „guten alten Zeit“ beschränken dürfe, sondern die demokratisch-revolutionäre Bewegung als Teil der Heimatgeschichte zu betrachten sei.

Wie bereits 1947 ging die **Gedenkinitiative im deutschen Südwesten 1997** von Offenburg aus. Von Seiten der Stadt wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung und Vernetzung mit anderen ehemaligen Revolutionsstädten vorangetrieben. Es scheint so, als habe die 1848er-Revolution im deutschen Südwesten inzwischen ein Heimrecht erhalten. Selbst radikalere Revolutionäre wie Hecker und Struve erhielten einen Ehrenplatz in der historischen Ahnengalerie. Diese unverkrampftere Haltung markierte zugleich das „Ende der deutsch-deutschen Erbschaftsfehden“ und die Befreiung von ideologischem Ballast, die eine Neubewertung der politischen Rolle von Demokraten und Republikanern in der Revolution ermöglichte. Mit Kolloquien und populärwissenschaftlichen Publikationen gelang es der Stadt Offenburg, breite Bevölkerungskreise über die Ereignisse von 1848/49 zu informieren und sie an der öffentlichen Erinnerungskultur partizipieren zu lassen. Hatte das Revolutionsjubiläum 1947 noch in der halbvollen Stadthalle stattgefunden, gelang beim 150. Jubiläum die Popularisierung unter dem Motto *Der Freiheit ein Fest*. Den Höhepunkt bildete das dreitägige Offenburger „Freiheitsfest“, an dem über 130 000 Besucher teilnahmen. Inzwischen ist dieses Fest selbst in die Erinnerungskultur der Stadt eingegangen. Mit der Einweihung des „Salmen“ als Erinnerungs- und Veranstaltungsstätte hat sich Offenburg für einen bewussten Umgang mit dem demokratischen Aufbruch 1847 entschieden. Dabei wurde gerade NICHT ausgeblendet, dass der Salmen zugleich für die kollektive Zerstörung der Menschenrechte steht.

Vielmehr hat sich die Stadt Offenburg dafür entschieden, hier zwei extreme gesellschaftspolitische Ereignisse zu verdeutlichen, die zugleich Teil der Offenburger Stadtgeschichte sind und für die der Offenburger Salmen steht.

Der „Salmen“ ist seither als „Denkmal von nationaler Bedeutung“ eingeordnet und gehört zu den bedeutendsten Erinnerungsorten Baden-Württembergs. Dieser Ort ist ein Kristallisationspunkt der Erinnerung, der sich durch eine besondere symbolische Bedeutung auszeichnet: Er steht für eine differenzierte Erinnerung, die einerseits die demokratischen Traditionen der Stadt umfasst und andererseits deren Zerstörung thematisiert.

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau fasste diesen Sachverhalt in seiner Eröffnungsrede in passenden Worten zusammen: „Wir leben in einer Zeit, in der nicht nur die jungen Menschen, sondern auch wir Ältere Demokratie hinnehmen, als sei sie eine Selbstverständlichkeit. Erst wenn wir uns vergewissern, dass Menschen dafür ihr Leben gegeben haben, erst dann wird uns deutlich, was auf dem Spiel steht, wenn die Demokratie gefährdet ist, und darum meine ich, ein solcher Ort wie der Salmen, kann uns das deutlich machen.“

Seit 2003 finden im Offenburger „Salmen“, neben vielen herausragenden Veranstaltungen, jährlich zwei bedeutende Erinnerungs- und Gedenkformate statt.

Bei den **Salmengesprächen** am 12. September werden Themen zum Demokratieverständnis kontrovers diskutiert; am **9. November** erinnert Offenburg an das Schicksal der Offenburger Juden. Beide Veranstaltungen gehen dabei über den rein historischen Rahmen hinaus und beziehen aktuelle Entwicklungen mit ein. Im „Salmen“ finden auch die **Sitzungen des Offenburger Gemeinderates** statt. Mit der Entscheidung für den „Salmen“ trägt der Gemeinderat in besonderem Maße dazu bei, dass die Erinnerungen an den Vormärz einerseits sowie an Diktatur, Gewalt und Unrecht andererseits im kollektiven Gedächtnis der Stadtgesellschaft aktuell bleiben.

1.2 Umgang mit der NS-Zeit

Nach 1945 bedingte der Holocaust mit der extremen Gewalt des Massentötens eine Veränderung des offiziellen Gedenkens und stellte neue Herausforderungen an das individuelle Erinnern und das kollektive Gedächtnis. Dies bedeutet, dass Geschichtswissenschaft und Gesellschaft frühere Gewaltexzesse heute neu interpretiert und beurteilt.

Die negative Erinnerung an den Holocaust bildet heute einen Kern der Identität der Deutschen. Im Verlauf der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist es gelungen, Schuld nicht abzuwehren, sondern sich dieser zu stellen.

Wird der Schatten der NS-Zeit weiter wirken? Der renommierte Historiker Christian Meier ist der Ansicht, dass wir ein unbefangenes Verhältnis zu unserer Geschichte nicht wieder gewinnen. Unter „Schatten“ dürfen wir allerdings nicht Zukunftslosigkeit oder Selbsthass verstehen. Eine „negative“ Erinnerung ist keineswegs mit einem „negativen Selbstbild“ gleichzusetzen. Sie ist in das Fundament des deutschen Staates eingebrannt. „Dieses Stigma ist jedoch in positive und zukunftsweisende Werte konvertierbar: in die Affirmation von Menschenrechten, die in der Präambel des Grundgesetzes eingegangen ist“. Es sind die Grundwerte, mit denen sich unser Land wieder in die Gemeinschaft der zivilen Nationen eingereiht hat.

Mit wachsender Distanz zur Zeit des Nationalsozialismus wird das Erfahrungsgedächtnis mit den immer weniger werdenden Überlebenden und Zeitzeugen unweigerlich verloren gehen. Was passiert an dieser Generationenschwelle, die wir gerade erleben? Der Historiker Reinhard Koselleck vermutete Anfang der 1990er Jahre, dass der Übergang vom biografischen Erfahrungsgedächtnis zu einem externalisierten und mediatisierten Gedächtnis mit einem Verblässen und Entemotionalisieren der Holocaustgeschichte einher gehen würde. Doch man hat heute den Eindruck, dass eher das Gegenteil der Fall ist, wenn man auf die Entwicklung in Literatur und Film betrachtet. (Aktuell zeigen die großen Kinos bundesweit „Die Tagebücher der Anne Frank“).

In den letzten Jahrzehnten ist eine nationale und transnationale „Erinnerungslandschaft“ entstanden, die den Holocaust zumindest in den westlichen Staaten als einen zentralen gemeinsamen historischen Bezugspunkt etabliert hat. Der überall auf der Welt verbreitete „memory boom“ führte zu einer starken Emotionalisierung der Geschichte durch Mediendebatten, Ausstellungen, Autobiografien und Familienromane, Videozeugnissen, Installationen und Doku-shows. Wir stehen dem Unfassbaren nicht mehr Aug‘ in Aug‘ gegenüber, sondern sind Teil einer Welt, die von dieser Erinnerung stark geprägt ist. Erinnerung ist nicht mehr die Wiedergabe von Ereignissen, sondern Verarbeitung in sprachlicher oder bildlicher Gestalt.

Nach der Gründung der Bundesrepublik war an eine aktive Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen zunächst einmal nicht zu denken. Die Demokratie als Staatsform hatten die Deutschen akzeptiert. Die mit ihr als Lebensform verbundenen Haltungen und Handlungen waren jedoch noch wenig entwickelt. Nach wie vor gab es große Zustimmung für völkische Vorstellungen einer „deutschen Volksgemeinschaft“, die sich gegen die demokratische Lebensweise des sogenannten „Westens“ ebenso verteidigen müsste, wie gegen den sowjetischen „Osten“.

Die während der Nazi-Zeit nach den USA emigrierte Philosophin Hannah Arendt machte 1950 bei einer Reise durch Deutschland die Beobachtung einer „tiefverwurzelten, hartnäckigen, gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlichen Geschehen zu stellen.“

Die von den USA nach anglo-amerikanischem Muster wegen Verbrechen gegen den Frieden, wegen Kriegsverbrechen und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Funktionsträger der Wehrmacht, der Einsatzgruppen, der Bürokratie, der Justiz, der Industrie, der SS und der Ärzteschaft galten für die damalige Bundesregierung ganz überwiegend als illegitim Verfolgte.

Die während der französischen Besatzung (1945-49) durchgeführten Entnazifizierungsverfahren hatten partiell eine Entfernung von Nationalsozialisten aus städtischen Behörden zur Folge. In Offenburg sorgte der sogenannte Synagogenprozess für eine Bestrafung eines Teils der verantwortlichen NS-Funktionäre.

Allerdings führte die im Jahr 1949 durchgeführte Täteramnestie zu einem Zustrom ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die Verwaltungen, so dass in manchen staatlichen Behörden der Anteil der NSDAP-Mitglieder sogar noch höher wurde als zwischen 1933 und 1945.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wurde in den 1950er Jahren vermieden. Die Häufung antisemitischer Ausschreitungen und Schmierereien sorgte ab 1959 für eine langsame Kehrtwende. Bundesweit brachte der „Fall Zind“ Offenburg in die Schlagzeilen. Der Gymnasiallehrer und Vorsitzende des hiesigen Turnvereins, Ludwig Zind, machte gegenüber einem Holocaustüberlebenden in einer Gaststätte stark antisemitische Äußerungen. Es kam zum Prozess. Zind, der 1923 zum Kreis der Mitbegründer der örtlichen NSDAP gehörte, wurde verurteilt, entzog sich jedoch der Verhaftung durch Flucht nach Libyen. Skandalös war nicht nur das Verhalten Zinds, der sich von seinen Äußerungen nicht distanzierte, sondern auch die vielen, teilweise ebenso antisemitischen Sympathiebekundungen aus der bürgerlichen Bevölkerung Offenburgs.

Im sogenannten „Schlüsseljahr“ 1959 startete eine bildungspolitische Initiative, in deren Zentrum die demokratische Bildung und Erziehung stand. Die Schule sollte fortan zum zentralen (Lern-) Ort für Demokratie und für demokratisches Denken und Handeln werden und eine „Erziehung nach Auschwitz“ (Max Horkheimer) in Gang setzen. Es handelte sich um eine transatlantische Initiative, bei der zwischen 1960 und 1971 deutsche Lehrer, Hochschullehrer und Bildungspolitiker die USA bereisten, um Erfahrungen für Reformen in den deutschen Schulen zu sammeln und diese zum Ort des Demokratielernens transformieren zu können.

Diese Öffnung wirkte sich mittelfristig auf die Hochschulen und Schulen, auf Kommunen und Gesellschaft aus. Gestärkt wurde die Wiederaufnahme der Vergangenheitspolitik durch den in der Öffentlichkeit diskutierten Ulmer-Einsatzgruppenprozess (1958) und den Auschwitz-Prozess (1964-65). Sie zeigten, dass viele nationalsozialistische Verbrecher unerkannt in der Gesellschaft lebten, und dass die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nicht mit der Aburteilung der wenigen Haupttäter beendet war. Mit der 1968er Bewegung vollzog sich kein Neuanfang der Aufarbeitung – entgegen einem verbreiteten Mythos. Aber es folgte eine intensive politische Abrechnung der nachwachsenden zweiten Generation mit der schweigenden Elterngeneration. Es folgten große geschichtspolitische Debatten wie bspw. der Historikerstreit (1986), die Weizsäcker-Rede (1985), die Jenninger-Rede (1986), die Wehrmachts-Ausstellung (1995ff) und eine zunehmende Medialisierung (Fernsehserie Holocaust 1977).

Diese bundesrepublikanischen Entwicklungen haben den Offenburger Umgang mit der NS-Zeit und den NS-Verbrechen mitbestimmt. Eine konstruktive geschichtspolitische Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Geschichte kam mit Kulturamtsleiter Dr. Hans-Joachim Fliedner in Gang. Ihm gelang eine Neuausrichtung der städtischen

Erinnerungskultur, die bis heute positiv nachwirkt. Wichtig war die Stärkung des Stadtarchivs und Museums als Stätten der Forschung und historischen Bildungsarbeit (1988). Was mit einem Forschungsprojekt „Verfolgung und Widerstand“ begann, entwickelte sich zu einem erinnerungspolitischen Prozess in Offenburg, der bis heute aktuell geblieben ist: Er findet seinen wichtigsten Erinnerungsort heute in dem Offenburger Kulturdenkmal „*Salmen*“. Am Beginn der neuen erinnerungspolitischen Wende stand deshalb die Anbringung einer Gedenktafel an der Außenfassade des Salmen zum 40. Jahrestag der Novemberpogrome, die an beide Entwicklungen erinnert: An die freiheitliche des Vormärz und die Tilgung der freiheitlichen Rechte im Nationalsozialismus.

Das Forschungsprojekt zur NS-Geschichte, das zwischen 1982 und 1999 von drei Historiker/innen durchgeführt wurde, schuf die Basis für eine ganze erinnerungspolitische Palette, die so Breitenwirkung entfalten konnte. Dazu gehören neben den städtischen Kulturangeboten (Musik, Theater, Film, Erwachsenenbildung, Museumspädagogik, Schulprojekte, universitäre Projekte, Privatinitiativen, Veröffentlichungen, Gedenktafeln, Gedenksteine, Stolpersteine, politische Veranstaltungen, Zeitzeugenveranstaltungen und Vorträge) auch persönliche Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden und den Angehörigen Ermordeter, ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Hier seien beispielhaft Heinz Baum, Arnold Lederer, Eva Mendelsson, Erwin Neu, Hans Oden, und Dorothea Siegler-Wiegand genannt. Sehr viele Publikationen über die Geschichte der Offenburger Juden verfasste Dr. Martin Ruch.

Eine Erinnerungskultur darf jedoch nicht ausschließlich durch die Verwaltung getragen werden. Sie kann erst dann als lebendig gelten, wenn sie mitten in der Stadtgesellschaft angekommen ist. Für Offenburg ist es daher besonders wichtig, dass sich Offenburger Kirchen, die Schulen, die Gewerkschaften, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund deutscher Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BDA) und viele Bürgerinnen und Bürger engagieren.

1.3 Offenburger Projekte und Ereignisse zur Erinnerungskultur nach 1945

Zu den Aufgaben der städtischen Kultureinrichtungen gehören im Rahmen der Erinnerungsarbeit:

- Auswahl, Aufbewahrung, Bewerten und Bereitstellung von Objekten, Dokumenten und anderen Archivquellen;
- Anstoßen und Wachhalten von gesellschaftlich relevanten Diskursen;
- Schaffung von Rahmenbedingungen für das Engagement unterschiedlicher Gruppen.

Seit 1988 begleitet, unterstützt und bietet der Fachbereich Kultur (vormals Kulturamt) mit seinen Abteilungen, insbesondere mit Stadtarchiv und Museum, verschiedene Recherchen, Schulprojekte, Veranstaltungen, Ausstellungen und museumspädagogische Angebote zu den Themengebieten „Nationalsozialismus“ und „Demokratie“, die in Anlage 2 beispielhaft aber nicht vollständig aufgeführt sind.

2. Mögliche Schwerpunkte einer künftigen Erinnerungskultur in Offenburg

Es ist Aufgabe einer modernen Erinnerungskultur in der Stadtgesellschaft, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den gemeinsamen Erinnerungen zu ermöglichen.

chen - und zwar unabhängig vom individuellen Standpunkt und Erfahrungshorizont des Einwohners.

In unserer sich verändernden Gesellschaft ist daher nicht allein die Standortbestimmung aus städtischer Sicht wichtig. Wir müssen auch die Menschen betrachten, für die wir mitverantwortlich sind. Nur so können wir sie erreichen. Grob können wir dabei vier Gruppen unterscheiden:

- (1) Die Generation derer, die die Zeit des Nationalsozialismus, des zweiten Weltkriegs, Flucht und Vertreibung noch selbst erlebt haben. Diese Generation hat persönliche Erfahrungen als Kind, Jugendlicher oder Erwachsener mit dem totalitären Staat, mit Krieg, Kriegsfolgen und damit verbundenen Traumata;
- (2) Die Generation derer, die nach 1945 geboren sind und die Zeiten des Kalten Krieges, der Aufarbeitung des Unrechts bewusst erlebt haben. Sie haben Erfahrungen mit den Traumata der Elterngeneration und Erfahrungen mit der Zeit des Post-Nationalsozialismus, in dem die Nachwirkungen des totalitären Staates noch erfahrbar waren. Sie hatten passiv oder aktiv teil an der unmittelbaren Aufarbeitung;
- (3) Die sogenannte Enkelgeneration, die junge Generation derer, für die der Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit Historie im eigentlichen Sinne sind. Sie haben keine persönlichen Erfahrungen mit Diktatur, Krieg, Flucht und/oder Vertreibung;
- (4) Die Menschen, die aus anderen Ländern, mit ihren eigenen Kriegs-, Flucht- und Vertreibungserfahrungen oder Totalitarismus-Erfahrungen zu uns gekommen sind. Für diese Menschen überlagern die persönlichen Erfahrungen die von uns erzählte Geschichte.

Der Historiker Götz Aly betonte in seinem eindrucksvollen Vortrag am 9. November 2015, dass die Antisemiten von gestern nicht gänzlich andere Menschen gewesen seien, als wir Heutigen. Diese Aussage ist für die Erinnerungskultur von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung, denn die zeitliche und emotionale Distanzierung lässt Geschichte erstarren und macht sie handhabbar für die Pflege eines unproblematischen gesellschaftlichen Selbstbildes. Schließlich geben die NS-Verbrechen immer eine Kontrastfolie für die Gegenwart. Eine Gegenwart, die uns bis vor kurzem noch heil, friedlich und gerecht erschien. Die weltpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere die ethnischen Säuberungen und Massenverbrechen und jüngst der IS-Terror und die Flüchtlingskrise machen deutlich, dass wir uns nicht selbstzufrieden zurück lehnen können. Vielmehr wird eine aktive Erinnerungskultur mit darüber entscheiden, wie uns langfristig der Umgang mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gelingen kann.

Flüchtlingsströme aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt tragen neue Herausforderungen direkt in unsere Stadtgesellschaft hinein. Neben kurzfristige Aufgaben wie Unterbringung, Versorgung mit dem Lebensnotwendigen und der Organisation von Spracherwerb, werden vermehrt Langzeitaufgaben treten:

- (1) Wir müssen immer wieder auf ein Neues deutlich machen, wofür unsere Gesellschaft steht. Diese Haltung müssen wir Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungshintergründen begreifbar machen. Im Idealfall ermöglichen wir den Neubürgern damit, unsere Werte als Teil der neuen, eigenen Identität zu akzeptieren.

- (2) Wir müssen der „alteingesessenen“ Bevölkerung auch unter dem Eindruck einer sich stark verändernden Lage ein gutes Fundament für ihre eigene Verortung ermöglichen, so dass in der sich verändernden Stadtidentität Bekanntes und Anerkanntes als Konstante erhalten bleiben.

In den vergangenen Monaten sehen wir im Osten des Landes, insbesondere im Freistaat Sachsen, was geschehen kann, wenn kein Konsens über eine gemeinsame Identität (mehr) besteht. Wenn diese Identität verloren ging in einer Umbruchsituation und es offensichtlich nicht ausreichend gelungen ist, einen bedeutenden Teil der Gesellschaft an der Erarbeitung einer neuen Identität teilhaben zu lassen.

2.1 Zeitzeugen des Nationalsozialismus und 2.2 deren unmittelbare Nachkommen

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Erinnerungskultur der Stadt Offenburg, und das ist typisch für den Westen Deutschlands, im Spannungsfeld zwischen zwei Generationen entwickelt: Denen, die den Nationalsozialismus, den zweiten Weltkrieg und seine Folgen selbst erlebt haben und jenen Nachgeborenen, die überaus kritische Fragen hatten an ihre Eltern und Großeltern.

Was heute in wenigen Worten zusammengefasst werden kann, war ein langwieriger und schmerzhafter Prozess, für alle Beteiligten. Es gab und gibt keine einfachen Antworten. Und es gab und gibt nicht **eine** Geschichte. Das ist bis heute so. Dennoch haben die Menschen im Westen der Republik ein gemeinsames kollektives Gedächtnis erarbeitet, das nicht von Heldenmythen geprägt ist, sondern in hohem Maße auch von einer kollektiven Schuld. Bis heute gibt es keinen Stillstand in der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichtsschreibung. Und nur so ist auch zu erklären, dass die NS-Zeit noch immer im gesellschaftlichen Gedächtnis aktuell ist.

Die gegenwärtigen Formen der Erinnerungskultur in Offenburg (siehe hierzu Anlagen 2 und 3) sind in der Auseinandersetzung mit den beiden genannten Generationen entstanden. Sie haben bis heute Gültigkeit. Allerdings sind sie alleine nicht mehr ausreichend, denn zwei weiteren Gruppen müssen wir Zugang zum Stadtgedächtnis geben. Sie brauchen u. U. andere Zugänge und sie werden, mit Sicherheit, andere Fragen stellen, anders gewichten und anders interpretieren als es die beiden Generationen vorher taten.

2.3 Die dritte und vierte Generation: Übersättigung oder Engagement?

Im Gegensatz zu der zweiten Generation, den Söhnen und Töchtern der NS-Generation, die noch einen persönlichen, familiären Bezug zur NS-Zeit haben und von den familiären Traditionen stark geprägt waren, stellt sich die erinnerungspolitische Ausgangsposition der dritten und vierten Generation (Enkel, Urenkel) etwas anders dar. Hier gibt es eine zunehmende zeitliche Distanz zum Nationalsozialismus und das Fehlen einer persönlichen, familiären Betroffenheit.

Das Wissen wird daher weniger über das Familiengedächtnis, also sozial, vermittelt, sondern kulturell über Schule und Öffentlichkeit und vielleicht sogar in erster Linie durch die Medien (TV-History-Formate). Jungen Deutschen fehlt der emotionale Zugang der Betroffenen. Die Geschichte des NS hat wenig mit dem eigenen emotionalen Bezugssystem zu tun. Nicht zuletzt deshalb fordert ein Teil der jungen Generation

vehement und mit großem Selbstbewusstsein einen „Schlusstrich“ zu ziehen. Die Gleichgültigkeit gegenüber der NS-Zeit geht nicht selten mit dem Gefühl der Übersättigung einher.

Diese Beobachtung betrifft allerdings nur einen Teil der dritten Generation. Ein anderer Teil hat großes Interesse an einer Aufarbeitung der Vergangenheit. Das zeigt auch das Engagement bei Gedenkprojekten, in der Gedenkstättenarbeit und anderen Formen der Erinnerungskultur. Mitentscheidend für das persönliche Engagement ist die individuelle Ansprache der Jugendlichen.

- ✓ Wichtig ist ein **emotionaler Zugang** zur Geschichte der NS-Herrschaft indem junge Menschen durch die Erforschung der eigenen Familiengeschichte oder die Beschäftigung mit der Biografie von Tätern und/oder Opfern motiviert werden. Wie intensiv die Auseinandersetzung in unserer Stadt sein kann, zeigt das positive Beispiel des seit zehn Jahren existierenden Gedenkbuchprojektes. Hier recherchieren Schüler/innen unter fachlicher Anleitung des Archivs die Lebensgeschichte Offenburger Juden. Eine Schülerin nahm beispielsweise mit in den USA lebenden Nachfahren einer Offenburger Jüdin Kontakt auf und besuchte die Familie.
- ✓ Wichtig ist auch die **Möglichkeit der persönlichen Auseinandersetzung** mit dem Thema. Deshalb sind unterschiedliche Zugänge zu den Themen, unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung und verschiedene intellektuelle Zugangsebenen von großer Bedeutung. Bisher bereits erfolgreich und zugleich zukunftsweisend in Offenburg sind die Projekte von Baal Novo, der Schultheater, der Jungen Theaterakademie sowie Film- und Onlineprojekte (bspw. der Hochschule Offenburg).

2.4 Brauchen wir in einer Einwanderergesellschaft und angesichts der Europäisierung und Globalisierung eine andere kommunale Erinnerungskultur?

Im Zuge von Migration und Globalisierung geraten Geschichte und Erinnerung stärker als je zuvor in den Sog von gesellschaftlichen Pluralisierungsprozessen. Die Zugänge zu bestimmten historischen Ereignissen und die damit verbundenen Geschichtsbilder und Erinnerungswelten verändern und vervielfältigen sich. Das kollektive Gedächtnis der Deutsch-Türken/innen, Spätaussiedler/innen, der Kriegsflüchtlinge und Asylsuchenden verbindet sich erst langsam mit dem des Gastlandes und hat in der Mehrheitsgesellschaft (noch) keinen Platz gefunden.

Als Gruppen in der Stadtgesellschaft verfügen die Neubürger über einen eigenen kollektiven „Erinnerungspool“, zu dem andere Gruppen, und auch die Mehrheitsgesellschaft, nur wenig Zugang haben, da diese Erinnerungen **nicht institutionalisiert** sind.

Das mag einer der Gründe sein, für die starke Community-Bildung von Migranten, die auf längere Sicht zu Parallelgesellschaften führen kann, wie wir sie in Städten beobachten und häufig kritisieren.

- ✓ Hier ist also zu überlegen, wie es gelingen kann, die kollektiven Erinnerungen von Migrantengruppen zu institutionalisieren. Inwieweit wollen wir diese Erinnerungen als Teil unseres kollektiven Gedächtnisses zulassen? Dabei ist zu berücksichtigen, dass Erinnerungen, insbesondere Erinnerungen von starker emotionaler Bedeutung, von den Betroffenen nicht einfach beiseitegelegt wer-

den können. Je größer die Emotion (und bei Krieg, Flucht und Vertreibung können wir eine extrem starke Emotion annehmen) desto stärker und nachhaltiger die Erinnerung. Das Offenburger Museum im Ritterhaus konnte mit mehreren Ausstellungen zum Thema Migration bereits positive Erfahrungen sammeln.

- ✓ Eine Erinnerung, die Flüchtlinge und Asylsuchende miteinander, aber mit den meisten von uns nicht teilen, ist die sehr starke Verlusterfahrung → Heimatverlust, Verlust von geliebten Menschen. In den Jahren nach dem WK II ist es in Deutschland gelungen, die Verlusterfahrung der Heimatvertriebenen zu institutionalisieren. Der (im Übrigen sehr kontrovers geführte) Diskurs dauerte noch bis weit in die neunziger Jahre hinein.
- ✓ In Bezug auf die Erinnerung an die NS-Zeit ist die Frage zu stellen, ob man von Einwanderern erwarten kann, bezogen auf den Nationalsozialismus und den Holocaust, das „negative Erbe“ des Aufnahmelandes anzutreten.
- ✓ Hier ist vielmehr zu überlegen, ob die je eigenen Erfahrungen mit einem totalitären Herkunftsstaat nicht ein Anknüpfungspunkt für gemeinsame Erinnerungen/Erfahrungen sein kann.

Die empirische Studie der Soziologin Viola B. Georgi aus dem Jahr 2003 zeigt: Jugendliche mit Migrationshintergrund orientieren sich zunächst an den historischen Traditionen des Herkunftslandes. Diese Orientierung verbindet sich mit der jeweiligen Familiengeschichte. Entscheidend ist aber auch die Position, die die Familie im Herkunftsland hatte (z.B. Angehöriger der Mehrheit oder einer Minderheit). Sie verorten sich vorzugsweise in ihrer ethnischen Community im Einwanderungsland. Die Heranwachsenden bilden ein **transnationales oder hybrides, aus Elementen unterschiedlicher Kollektivgedächtnisse zusammengesetztes Geschichtsbewusstsein** aus. Die aufnehmende Stadtgesellschaft muss entscheiden, wie sie mittel- und langfristig die anderen Erfahrungen der Neubürger in die eigene Stadtgeschichte integriert. Nichts ist schlimmer für den Einzelnen als die Erfahrung, nicht mehr dorthin zu gehören, wo man herkommt, aber auch nicht dahin, wo man hingekommen ist. Wenn es uns gelingt, und hier wird Willkommenskultur eine ganz neue Bedeutung erfahren, bei den Neubürgern eine neue und zugleich positive Identitätsbildung zuzulassen, dann können wir die Bildung von Parallelgesellschaften auf ein verträgliches Maß reduzieren.

Georgis Studie kommt zum Ergebnis, dass es bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Vielfalt von Geschichtsbezügen gibt, die bei aller Unterschiedlichkeit auch Gemeinsamkeiten aufweist: Die Jugendlichen ringen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit der Frage der Zugehörigkeit und Anerkennung.

- ✓ Georgi kommt zu dem Schluss: Die Zukunft gehört daher einer stärker europäisierten bzw. globalhistorischen Erinnerungskultur.
- ✓ Für Offenburg ist zu prüfen, wie die ERINNERUNGEN der Neubürger erzählt werden, wie Erinnerungen mit Offenburger Erfahrungen verbunden werden und wie sie mittelfristig in ein institutionalisiertes kommunales Gedächtnis aufgenommen werden können.

Mögliche Formen: Erzählcafés ermöglichen einen ersten Austausch; Erzählungen werden dokumentiert (Film), ggfls. verschriftlicht und für Viele zugänglich gemacht; Dokumente und Erinnerungsobjekte werden archiviert, bewertet und (später?) ausgestellt; Das internationale Fest bietet weitere Formen des Austauschs; Migrant*innen werden aufgefordert, eigene Erlebnisse im Rahmen unserer Gedenktage beizutragen.

¹ Literaturhinweis

Für diesen Text verwendete Fachliteratur:

Benedikt Widmaier, Gerd Steffens (Hg.), Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute. 2015; Meike Sophia Baader, Tatjana Freytag (Hg.): Erinnerungskulturen: Eine pädagogische und bildungspolitische Herausforderung, 2015; Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 2014; Sylvia Schraut, Peter Steinbach, Wolfgang M. Gall, Reinhold Weber: Menschenrechte und Geschichte, 2015.